

8. Souveräne Demokratie

It's not personal, Sonny. It's strictly business.

THE GODFATHER, 1972

They are not enemies. No, they are competitors.
Nothing personal.

VLADISLAV SURKOV, 2006

They are adversaries, not enemies. This means that, while in conflict, they see themselves as belonging to the same political association, as sharing a common symbolic space within which the conflict takes place.

CHANTAL MOUFFE, 2005

Die Diskussion um „soveräne Demokratie“ ist eine Diskussion, die sich vor allem auf Ebene der Eliten abgespielt und wenig Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden hat. Und dennoch ist diese Diskussion zentral für ein Verständnis des hegemonialen Diskurses, in dem souveräne Demokratie wie ein Knotenpunkt agiert, der mehrere diskursive Elemente zusammenhält. Die Diskussion wurde durch Vladislav Surkov, dem stellvertretenden Leiter der Präsidentialverwaltung und „Chef-Ideologen“ des Kremls, 2005 begonnen¹ und 2006/07 besonders

1 Wobei die Ursprünge weiter zurück liegen: „Die Entstehungsmotive lassen sich schnell ergründen, denn auch dafür liefern Äußerungen Surkows Hilfestellung. Es handelt sich um eine unter Ausschluss der Öffentlichkeit bereits am 17. Mai 2005 auf dem ökonomischen Forum des Verbandes Delovaja Rossija [...] in Moskau gehaltene Rede. Surkows Ausführungen wurden auf der Website von Radio Liberty am 11. Juli 2005 Interessierten zugänglich gemacht.“ (Mommssen 2006: 2) Darüber hinaus kann

lebhaft geführt. Besonders innerhalb von Edinaja Rossija gewann sie weiter an Dynamik, zumal das Konzept quasi zur Parteidoktrin erhoben wurde. Zwar steht souveräne Demokratie nicht explizit als Desideratum auf der politischen Agenda oder als Selbst-Beschreibung des politischen *Status quo* im Raum, doch die in ihr artikulierten Forderungen, insbesondere nach Zugehörigkeit zu einer demokratischen Tradition einerseits – was Gleichwertigkeit mit dem Westen impliziert – sowie nach Nicht-Einmischung von außen andererseits, das heißt die Forderung nach einem eigenständigen Entwicklungspfad, finden in der Partei und vielleicht sogar im gesamten politischen Spektrum verbreitet Anklang. Für einige Beobachter resümiert das Konzept die „Grundgedanken des russischen Präsidenten [Putin], die Jahr für Jahr in dessen Ansprachen an die Nation vorgebracht wurden“ (Schulze 2007: 293); für andere ist es der „ideologische Horizont des gegenwärtigen Russland“ (Morozov 2008: 152).

Das Aufkommen der souveränen Demokratie im offiziellen politischen Diskurs ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der internationalen politischen Lage zu sehen, insbesondere der farbigen Revolutionen, die zumindest von einem Teil der politischen Elite in Russland als mögliches Szenario für das eigene Land befürchtet wurden: Genauso wie in der Ukraine, in Georgien oder in Kirgisistan, könne der Westen – indirekt über zivilgesellschaftliche Organisationen – die Opposition bei einem Umsturz des bestehenden Regimes erfolgreich unterstützen. Allerdings ist diese außenpolitische Situation nur einer von mehreren Beweggründen für die Formulierung dem einer politischen Doktrin ähnelnden Konzept. Dafür spricht auch, dass der zur Diskussion um souveräne Demokratie gehörende Beitrag von Valerij Zor'kin mehrere Monate vor der Orangen Revolution in der Ukraine (November 2004) publiziert wurde.

Souveräne Demokratie wird zudem explizit als Alternative zu den farbigen Revolutionen und zur *Pax Americana* präsentiert. Diese Alternative gelte für alle Länder, die „selbständig demokratische Institutionen entwickeln wollen“ (Migranjan 2007: 13f.). Aufgezählt werden neben Russland auch China, Indien, Staaten der GUS und Südasiens und Lateinamerikas. Souveräne Demokratie könne als Modell für andere Länder dienen und als Instrument gegen die Einmischung der USA genutzt werden.

auch der Artikel von Valerij Zor'kin, dem Vorsitzenden des Verfassungsgerichts, vom Sommer 2004 („Apologie des Westfälischen Systems“) zu den Wurzeln der Diskussion gezählt werden. Čadaev (2006: 39ff.) setzt den Anstoß der Diskussion sogar noch früher an (2000) und schreibt ihn – etwas propagandistisch aber der allgemeinen Stoßrichtung seines Buches folgend – alleinig Vladimir Putin zu.

Insgesamt scheint souveräne Demokratie ein Konstrukt darzustellen, das eine äußere (außenpolitische) wie auch eine innere (innenpolitische) Charakterisierung des politischen Systems und politischer Forderungen liefert (Rogožnikov 2007: 15f.). Andrej Okara fasst zusammen, was souveräne Demokratie zu ermöglichen sucht:

„At this moment, the sovereign democracy project makes it possible to: Provide grounds for new legitimacy of the party in power; [...] Make a new social contract between the political regime and the nation; Put the initiative on ideology-making into the party's hands; [...] Position United Russia as the core of the party's power-wielding camp; [...] Become a mobilizing and consolidating factor in the face of new challenges and threats in foreign and domestic policy likewise; Animate the image of Russia as a ‚besieged fortress‘ so as to consolidate the electorate in a situation critical for the power-wielding camp [...]; Expand the field for political maneuvering for the power-wielding camp in the context of the 2008 presidential election; Provide ideological and operative grounds for narrowing the scope of public politics; Counteract the scenarios of a ‚birch revolution‘ in Russia and sanction fighting with ‚birch revolutionaries‘.“ (Okara 2007)

Innenpolitische (und innerparteiliche) Motive spielen also gegenüber außenpolitischen Ängsten vor einer „Birken-Revolution“² keine untergeordnete Rolle. Was Okara nicht explizit nennt, ist die hegemonisierende Funktion des Konzeptes. Mit der souveränen Demokratie gab es erstmals eine konkrete Artikulation von Forderungen aus verschiedenen politischen Diskursen, vereinigt und repräsentiert durch einen Signifikanten. Souveräne Demokratie fungiert(e) damit als ein Knotenpunkt im hegemonialen Diskurs. Für Okara ist souveräne Demokratie die erste Konkretisierung des „konservativ-bewahrenden Epizentrums russischen Denkens“, das Forderungen sowohl aus dem liberalen („demokratischen“, dem Westen zugewandten) als auch aus dem konservativ-revolutionären (bisher „national-konservativ“ genannten) Lager aufnimmt. Dafür sprechen unter anderem mehrere überparteiliche „runde Tische“ (Dobrynina 2006; Zakatnova 2006). Doch diese Einteilung der Lager und der ihnen zugeordneten Forderungen erscheint noch zu schematisch und vernachlässigt die Verschiebungen zwischen ihnen.

Besonders zwei von Surkovs Beiträgen gelten als programmatisch für das Konzept der souveränen Demokratie:

2 In Anspielung auf den Nachnamen des Paria der russischen Politik (aus Sicht des Kremls), des nach London verbannten Oligarchen Berezovskij.

„Politicians, the experts servicing the government and the United Russia Party have produced a mass of [...] documents on the issue of sovereign democracy [...]. Central among them is a speech that Vladislav Surkov [...] made on February 7, 2006 to students of United Russia's Center for Party Personnel Training, and his manifesto-like article titled *The Nationalization of the Future*. The time and place of the publication [...] prove that the concept should be viewed as an attempt to formulate Putin's discourse in the form of a textual/contextual political quintessence of the current era, not as a mere ideological party platform.“ (Okara 2007)

Beide Texte und die in ihnen artikulierten Forderungen verdienen daher eine eingehendere Betrachtung.

8.1 SOUVERÄNITÄT ALS POLITISCHES SYNONYM FÜR KONKURRENZFÄHIGKEIT

Diese Vorlesung wurde im Februar 2006 in dem Zentrum für Parteischulung und Vorbereitung von Parteikadern von *Edinaja Rossija* gehalten.³ Die Rede bildet den Versuch, die Politik des Kremls der vergangenen Jahre in eine programmatische Form zu gießen und legt einen Schwerpunkt auf die Formulierung einer politischen Identität und erst in zweiter Linie auf die einer nationalen.

Ein wichtiger erster Punkt ist aber das Aufzeigen der Gemeinsamkeiten zwischen Russland und Europa, was Implikationen für die geforderte nationale Identität Russlands hat. Es habe sich gezeigt, so Surkov, dass im Streben nach materiellem Erfolg, nach Freiheit und Gerechtigkeit, Russland nicht anders als andere europäische Nationen sei. Die *russländische* Zivilisation sei Teil der europäischen, denn sie teile viele Entwicklungen mit Europa – wenn auch immer auf eine spezifisch russische Art und Weise: So habe es gleichzeitig mit der Reformation auch in Russland kirchliche Umwälzungen gegeben; der Absolutismus in Frankreich und in Russland seien parallel erschienen; und analoge Entwicklungen bestünden auch in der Herausbildung von Parlamentarismus und Totalitarismus:

3 Zuerst erschienen 2006 als: Суверенитет – это политический синоним конкурентоспособности, Стенограмма выступления заместителя Руководителя Администрации Президента В.Суркова перед слушателями Центра партийной учебы и подготовки кадров ВПП „Единая Россия“, 07.02.2006, <http://old.edinros.ru/news.html?id=111148>, [01/01/2009].

„In nichts sind wir hier schlechter oder besser als andere. [...] Wir sind in diesem Sinne nicht einzigartig und sollten uns nicht irgendwie als Ausgestoßene fühlen, denen nicht gelingt, was andere schaffen.“ (Surkov 2007a: 35)⁴

Bezeichnend ist in diesem Passus nicht nur die Forderung nach einem Platz in Europa, sondern auch die dazu in leichtem Widerspruch stehende Parallelisierung russischer und europäischer Entwicklungen. Zugleich fällt auf, dass die europäische Zivilisation einer russländischen gegenübergestellt wird: Das heißt, so wie der Signifikant „europäisch“ auf eine Vielzahl von Ländern und Kulturen verweist, so soll das eigentlich rein auf den Staat bezogene, beinahe administrative Label „russländisch“ dasselbe leisten für Russland. Diese Ausdehnung des „Russländischen“ auf die kulturelle Ebene – wo der Begriff eigentlich nicht hingehört – wird in vielen Texten immer wieder vorkommen.

Auffallend ist auch das Spannungsverhältnis zwischen russischer Einzigartigkeit (als *samobytnost* typisch im national-konservativen Diskurs) und der hier angedeuteten Forderung nach Russland als *normalem* Land. Um die oben angedeutete *Verschiedenheit in der Einheit* mit Europa auch im Politischen zu unterstreichen, wird der „christlich-existenzialistische“ Denker Nikolaj Berdjaev zitiert, der eine „freie und gerechte Gesellschaft“ gefordert und beide Werte, Freiheit und Gerechtigkeit, als einander bedingend beschrieben habe: „Das ist [also] ein *russischer* Gedanke, er ist weder Marx noch Hegel entlehnt, er ist unserer.“ (Ibid., eigene Hervorh.) Hier wird weit in die Vergangenheit zurückgegangen und etwas naiv argumentiert, um Freiheit und Gerechtigkeit – und damit souveräne Demokratie – als *russisch* (hier nicht: *russländisch*) zu legitimieren. Berdjaev eignet sich dazu hervorragend, da er als überzeugter orthodoxer Christ, als Marxist aber auch als Gegner des Bolschewismus jedem Lager als akzeptable Figur erscheinen kann.

In diesem Zusammenhang wird aber selbst die Sowjetunion als Teil des mit Europa geteilten Strebens nach Freiheit und Gerechtigkeit interpretiert. Es folgt eine sehr positive Darstellung der UdSSR: Die Sowjetunion sei eben auch ein

4 Hier und an anderen Stellen weicht Surkov vom üblichen Sprachgebrauch ab, indem „russisch“ Kulturelles bezeichnet (also russisch-ethnisches), während „russländisch“ sich auf den Staat bezieht (also russisch-staatsbürgerliches). Demnach macht es auf den ersten Blick wenig Sinn, von einer „russländischen Zivilisation“ zu sprechen und von russischen Besonderheiten. Bei genauerer Betrachtung ergibt sich folgendes Bild: Die „russländische“ Kultur ist transnational wie die europäische und umfasst mehrere nationale Subkulturen. Sie ist aber selbst Teil der europäischen Kultur. Die russische Kultur ist wiederum zentrale Komponente der russländischen Kultur.

modernisierendes Projekt gewesen, das in sich den Keim von Freiheit und Gerechtigkeit getragen habe. De facto aber, so wird dann doch schnell eingeräumt, sei die sowjetische Gesellschaft weder frei noch gerecht gewesen:

„Es ist nicht nötig die Ursache des Zusammenbruchs der Sowjetunion in einer CIA-Intrige oder in einer Verschwörung der Parteileitung zu sehen. Das käme einer Realitäts-Flucht gleich. [...] Vielmehr muss man einsehen, dass das russländische Volk selbst sein Schicksal gewählt hat – es hat sich von diesem sozialen Modell [dem sowjetischen] losgesagt, da es erkannt hat, dass es in seiner Suche nach Freiheit und Gerechtigkeit diese dort nicht finden wird.“ (Ibid. 37)

Auf eine originelle Art und Weise wird die Kontinuität mit der UdSSR gesucht, gefunden – und zugleich gebrochen. Dabei ist es gewiss nicht falsch, die Sowjetunion in den Kanon von Moderne und Modernisierung zu stellen. Aber in ihr *gesamthaft* – jenseits der hehren Absichten mancher Oktoberrevolutionäre – einen Keim von Freiheit und Gerechtigkeit zu sehen, erscheint zumindest bemerkenswert. Doch darauf kommt es Surkov nicht an. Zentral ist, dass das russländische Volk *selbst* (das als solches noch nicht konstituiert war) völlig autonom und aus freien Stücken sein Schicksal bestimmt und sich wieder und wieder für Freiheit und Gerechtigkeit (unter verschiedenen Vorzeichen) entschieden hat. Die Betonung liegt genauso sehr auf Freiheit und Gerechtigkeit wie auf der Autonomie Russlands in der Wahl seines Weges. Und hier deutet sich erstmals explizit die Bedeutung von souveräner Demokratie an, indem der Signifikant „Demokratie“ die Dimensionen „Freiheit und Gerechtigkeit“ abdeckt, während „Souveränität“ die völlige Unabhängigkeit Russlands unterstreicht: politisch, historisch und kulturell: Man sei nicht besser oder schlechter als andere, man sei im Grunde auch nicht anders, zugleich aber auch unabhängig und autonom in der eigenen Entwicklung. Mit der Abgrenzung einher geht aber auch der Versuch, Russland klar innerhalb der europäischen Tradition zu platzieren. Letztlich präsentiert hier Surkov mit der souveränen Demokratie eine teilweise Abkehr von der Idee eines russischen Sonderweges (*samobytnost*’).

Interessanterweise sieht Surkov in den 1990er Jahren *keinen* „Keim von Freiheit und Gerechtigkeit“. Damit wird eine Interpretation geboten, die jener unter westlichen Beobachtern gängigen zuwider läuft. Und während die „Demokraten an der Macht“ zu jener Zeit häufig noch die sowjetische Periode als Diskontinuität in der russischen Geschichte betrachteten, stellt nun, aus Surkovs Perspektive, das postsowjetische Russland unter El’cin den Sonderfall dar: „Statt zur Demokratie zu streben, erhielten wir das, was zurecht Oligarchie genannt

wird.“ (Ibid. 38)⁵ Korruption, Medien als Machtinstrumente oligarchischer Gruppen, ökonomische Krise, Chaos in den Beziehungen zwischen Zentralregierung und Föderationssubjekten bis hin zur „Zerstörung der territorialen Einheit Russlands“ – an den 1990er Jahren wird kein gutes Haar gelassen.

Damit wird in dieser Ansprache eine bemerkenswerte, doppelte Bewegung vollzogen. Die *Verurteilung der 1990er Jahre*, wie sie auch im national-konservativen (aber auch im etatistischen) Diskurs üblich ist, geht einher mit dem Versuch einer neuerlichen Fixierung, Redefinition und *Aneignung des Begriffes der Demokratie*.⁶

Dementsprechend betont der Text auch, dass nach den chaotischen Jahren nun „der Präsident [Putin] zum wahren Sinn des Wortes Demokratie“ (ibid. 42) zurückgekehrt sei und eine Politik der Stabilisierung und Normalisierung eingeleitet habe. Alle von der Administration Putin durchgeführten Handlungen seien schon deswegen demokratisch (*demokratičnyj*), weil sie genau darauf ausgerichtet gewesen seien, den Gesetzen des demokratisch verfassten Staates Geltung zu verschaffen. Mit anderen Worten wird hier Putins Diktum der „Diktatur des Gesetzes“ bekräftigt und die alte Gleichsetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wieder aufgenommen.

Auch darüber hinaus fällt auf, dass die hier vorgeschlagenen Füllungen des Demokratie-Signifikanten eine große Nähe aufweisen zum demokratischen Diskurs wie Lukin (2000) ihn beschreibt: Dabei spielen Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit eine zentrale Rolle (vergleichbar mit dem von *Jabloko* vertretenen Diskurs). Nur dass nicht die sowjetische Nomenklatura, mit ihren Privilegien und Zuwendungen, wie bei den „alten Demokraten“ à la *Jabloko* am Pranger steht, sondern die „Oligarchie“ unter El'cin – einschließlich ebendieser „De-

5 Als Macht der Wenigen sei Oligarchie immer illegitim: „[Diese Oligarchie] führte dazu, dass alle grundlegenden Ideen der Demokratie verzerrt worden sind. Statt öffentlicher Diskussion bekamen wir heimliche Intrigen. Statt Repräsentanz, Manipulation.“ Insbesondere unter Anspielung auf die Präsidentschaftswahlen 1996 und die „Demokraten“, die diese Wahlen manipuliert hätten, resümiert Surkov: „Und diese Leute wollen uns heute Demokratie beibringen. [...] Wenn das Demokratie ist, dann weiß ich nicht, was das ist: Demokratie. [...] Wenn das [...] Demokratie ist und eine freie und gerechte Gesellschaft, was sind dann Sodom und Gomorrha?“ (ibid. 39ff.)

6 Allerdings räumt Surkov ein, dass die 1990er Jahre nicht gänzlich verloren waren für Russland, da neue soziale Praktiken entstanden seien, dass die Menschen an Wahlen teilgenommen und das Arbeiten unter marktwirtschaftlichen Bedingungen gelernt hätten.

mokraten an der Macht“ – denen aber jede demokratische Legitimität abgesprochen wird. Sieht man daher, zumindest *prima facie*, den von Surkov vertretenen Diskurs in einer Linie mit den ersten russischen Demokraten Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre, überrascht auch die Forderung nach einer Stärkung von Zivilgesellschaft und Parteien wenig, wie sie in den Ansprachen Putins gebetsmühlenartig wiederholt wurde. Sie sollte daher nicht *a priori* als reines Lippenbekenntnis, als Falschheit, Propaganda oder als reines Machtkalkül abgetan werden. Vielmehr sollten vorsichtig die Entwicklungslinien und der Einfluss des demokratischen Diskurses in Russland betrachtet werden – in dessen Rahmen sich Surkov zumindest teilweise stellen möchte.

Ähnlich wie in den Ansprachen an die Föderationsversammlung gibt es eine Vielzahl von Verweisen auf ökonomische Zwänge: Nur durch Demokratie und Souveränität könne ein stabiles Wachstum garantiert werden. Nur eine Gesellschaft, die auf der Konkurrenz und Zusammenarbeit freier Menschen beruhe, könne effizient und konkurrenzfähig sein. Für eine offene und demokratische Gesellschaft spreche auch die *pragmatische* Erwägung, dass so Zugang zu westlichem Wissen und westlicher Technologie möglich sei. Und schließlich sei das Leben in einer demokratischen Gesellschaft schlicht bequemer und angenehmer (ibid. 46). Insbesondere zwei Bedrohungen, die ebenfalls eine ökonomische Konnotation haben, werden als Gefahr für die Demokratie genannt: Korruption und Armut. Durch das Ansprechen dieser beiden Bedrohungen wird indirekt auf zwei Gegner abgezielt: Die Korruption steht für den „bürokratischen Staat“ sowjetischer Natur, während „Armut“ assoziiert wird mit den 1990er Jahren und damit mit den „Pseudo-Demokraten“. Diese ökonomischen Argumentationsmuster verweisen immer wieder auf eine depolitisierte Rationalität, die sich unideologisch gibt, sich alternativlos geriert und keinen Widerspruch erlaubt.

Was die Begründung für die Notwendigkeit von Souveränität angeht, wird dementsprechend auch auf die Globalisierung verwiesen. Leidenschaftlich wird die Notwendigkeit eines (starken) Staates verteidigt, um eine vermeintlich ungleichmäßige Verteilung der Vorteile der Globalisierung abzufedern. Wenn Russland keine selbständige Nation (*samostojatel'aja nacija*) bleibe, drohe eine westliche Fremdbestimmung.⁷ Dies könne nur dadurch abgewendet werden, dass Russland in einem globalen Wettbewerb mit dem Westen „konkurrenzfähig“ bleibe:

7 Zwar wird der Westen nicht explizit genannt, doch mit transnationalen Unternehmen und NGO sowie mit Hinweis auf jene, die in Russland einen Garanten der Energieversorgung sehen, ist die Zielrichtung der Anspielung deutlich. Dazu passt Russlands Selbststilisierung als Energiesupermacht (Orlov 2006a).

„Das bedeutet nicht, dass sie Feinde sind. Nein, sie sind Konkurrenten. Nun, [...] hier anwesende Geschäftsleute wissen, was das heißt. Das ist nichts Persönliches. [...] Wir sollten uns durch niemanden gekränkt fühlen. Man muss einfach nur konkurrenzfähig sein. [...] Souveränität ist das politische Synonym für Konkurrenzfähigkeit.“ (Ibid. 48)

Das heißt, dass auch die Legitimierung der Souveränität – wie zuvor in jene der „Demokratie“ – in ökonomischen Begrifflichkeiten erfolgt. Und wie zuvor in den Ansprachen des Präsidenten an die Föderationsversammlung, befindet sich Russland auch in der Rede Surkovs in einem (Konkurrenz-) Kampf mit anderen Nationen. In diesem Kontext sei Demokratie besonders *rentabel* (ibid. 51). Es drängt sich der Eindruck einer Äquivalenzkette von Demokratie, Souveränität, Konkurrenzfähigkeit und ökonomischem Erfolg auf, in der insbesondere der Signifikant der „Demokratie“ jeglicher *politischer* Konnotationen entleert und mit ökonomischen gefüllt wird.

Souveränität wird aber auch noch anders gefasst – negativ, in Abgrenzung zu anderen Ländern: Jene ehemaligen Verbündeten der UdSSR und Republiken der Sowjetunion, die „ihre nationale Idee im Beitritt zur Europäischen Union“ sehen, seien ohnehin „nicht einen Tag ihrer Geschichte souverän“ gewesen. Sie hätten einen Herrn (Moskau) gegen einen anderen (Brüssel) getauscht. Sie müssten nicht lang über ihre nationale Idee nachdenken, für sie sei alles sehr einfach. „Sie waren Provinzen eines Landes, und werden [nun] Provinzen eines anderen“ – dies lässt tief Blicken in das Weltbild der souveränen Demokratie, welche die Welt in Zentren und Provinzen einzuteilen scheint und Russland einen privilegierten Platz zuweist.

Damit zusammenhängend wird auch eine alternative Interpretation des pejorativen, auf Russland angewendeten Begriffes des „gelenkten Demokratie“ geboten:

„Unter *managed democracy* sollen Demokratien oder politische Systeme verstanden werden, die von Zentren mit globaler Projektionsmacht geschaffen oder unterhalten werden. Diese Beschreibungsformel zielt auf Länder wie den Irak oder Afghanistan.“ (Schulze 2007: 299)

Damit versucht souveräne Demokratie auch in dieser Hinsicht, Begriffe neu zu definieren und Signifikanten anders zu füllen.

In diesem Sinne ist Russland für Surkov eben keine von außen gelenkte Demokratie. Im Gegenteil: Russland ist selbst ein „Zentrum mit globaler Projektionsmacht“. In diesem Sinne sei Russland mit sich allein, im Guten wie im Schlechten, und trotz europäischer Identität gibt es kein gemeinsames Haus (mit

verschiedenen Wohnungen und Eingängen) wie bei Gorbačëv: „Wir geben niemandem die Schuld dafür, was mit uns passiert ist. Und wir gehen nirgendwo hin, außer zu uns nach Hause.“ (Surkov 2007b: 49)⁸

Was manchem westlichen Leser aberwitzig erscheinen mag offenbart zum einen ein manichäisches Denken, das der Stabilisierung der russischen Identität zuträglich ist: Die Deklassierung der ehemaligen Sowjetrepubliken und anderer Staaten des ehemaligen Ostblocks⁹ zu abhängigen Ländern mit nachrangigen Problemen, weil sie entweder der einen oder der anderen Seite zugehörig sind, mutet nach einer Rhetorik des kalten Krieges an und bekräftigt den russischen Anspruch auf einen Supermachtstatus: Russland ist eben ein Land erster Klasse, Moskau auf Augenhöhe mit Washington oder Brüssel. Russland zieht andere Staaten in die eigene Einflusszone, wird aber selbst nie von anderen Staaten abhängig.¹⁰ Jede Integration in die Weltgemeinschaft kann nur unter diesen

-
- 8 Diese Äußerungen erinnern an jene von Ruslan Chasbulatov, der Anfang der 1990er Jahre zwar mehr Kompetenzen für die russische Teilrepublik einforderte aber nie deren Unabhängigkeit von der UdSSR gesucht habe, denn für Russland gebe es, im Gegensatz zu anderen Republiken, keinen Ort, an den es sich zurückziehen könne: „[T]he Russian Federation cannot pose, even in theory, the question of ‚withdrawing from the USSR‘, since there is nowhere to withdraw to.“ (Khasbulatov 1993: 49) Vjačeslav Nikonov wiederum echot 13 Jahre später in Trud in Verteidigung der souveränen Demokratie: „Für Russland ist Souveränität nicht nur interessant, sondern lebensnotwendig. [...] Einfach [auch] weil wir uns, die Souveränität opfernd, nirgendwo integrieren können. Wir sind nicht weniger Europa, als der restliche Teil der Alten Welt. Doch Russland ist weder in der EU, noch in der NATO, noch ist es absehbar, dass es dort aufgenommen wird – es ist ziemlich gross und selbständig. Auch in Asien gibt es keine Integrations-Struktur [für uns]. Daher sind wir schon Kraft unserer Beziehung zur Welt dazu verdammt, ein souveränes Land und ein autonomes Machtzentrum zu bleiben – wie die USA, China, Indien oder die Europäische Union.“ (Nikonov 2006)
- 9 Diese Disqualifikation kontrastiert mit den Ansprüchen an die Föderationsversammlung, die stark auf eine gleichberechtigte Partnerschaft gerade mit den ehemaligen Verbündeten und slawischen Nationen abzielen. Hier zeichnet sich eine Annäherung an den national-patriotischen Diskurs ab.
- 10 Aleksej Čadaev ist noch deutlicher: Er unterscheidet zwischen delegiert souveränen Staaten (ohne Atomwaffen, wie „Spanien oder Japan“), eigentlich souveränen Staaten (Nuklearmächte, wie „Pakistan oder Israel“) und absolut souveränen Staaten (die Souveränität delegieren können). Zu diesen „Überentitäten“ (*sverchsub''ekta*) zählt er

Vorzeichen erfolgen, unter der Anerkennung Russlands als eine der „führenden Weltmächte“, als ein mit Vetorecht ausgestattetes Mitglied des UN-Sicherheitsrats, als ein Mitglied der G-8.¹¹

Eine zusätzliche Charakterisierung dessen, was Souveränität bedeutet, erfolgt über die Beschreibung weiterer Bedrohungen. Diese sind (ibid. 51):

- Der internationale Terrorismus oder eine direkte kriegerischen Auseinandersetzung;¹²
- eine schleichende „Absorption durch äußeren Einfluss“ in Form von modernen „orangenen Technologien“ bei Aushöhlung der „nationalen Immunität“;¹³
- eine Konkurrenzunfähigkeit der Wirtschaft.¹⁴

Es sei nicht zuletzt Russlands Status als Energie-Supermacht, der zu seiner Konkurrenzfähigkeit beitrage. Allerdings bedürfe es auch im Energiesektor neuer Investitionen, neuen Wissens und neuer Technologien – was auf eine Integration in die Weltwirtschaft und auf eine Kooperation mit dem Westen verweist. Die Konkurrenzfähigkeit des Landes hinge von zwei Prozessen ab: Erstens, die Ver-

neben den USA und der EU auch Russland, weil es im GUS-Raum die Souveränität anderer Staaten ermöglicht, „Spanien oder Japan“ (Čadaev 2006: 46f.).

- 11 Hier scheinen diskursive Elemente des „Internationalen Institutionalismus“ weiterhin wirksam zu sein.
- 12 Trotz der Anerkennung der Unwahrscheinlichkeit einer militärischen Konfrontation werden die Armee, die Marine und die nuklearen Streitkräfte als Grundlage der nationalen Souveränität bezeichnet.
- 13 Eine Anspielung auf die „farbigen Revolutionen“ in der GUS (2003 in Georgien (Rosenrevolution), 2004 in der Ukraine (orangefarbige Revolution) und 2005 in Kirgisistan (Tulpenrevolution)), besonders auf jene in der Ukraine die im offiziellen Diskurs in Russlands sehr negativ rezipiert wurden als Versuch des Westens, besonders der USA, massiv in der russischen Einflussosphäre einzugreifen.
- 14 „Und so, wenn wir all diese Probleme gelöst haben, wird Russland [...] eine souveräne Demokratie. Das heißt, Russland schlägt den Weg einer nachhaltigen Entwicklung ein. Es wird ökonomisch blühend, politisch stabil, hochkultiviert. Es wird Zugang zu den Hebeln der Führung in der internationalen Politik bekommen. Es wird eine freie Nation sein, die mit anderen freien Nationen eine gerechte Weltordnung bildet.“ (Ibid. 58)

wandlung der Wirtschaftselite in eine „nationale Bourgeoisie“¹⁵ und zweitens, eine Effizienzsteigerung der Bürokratie.

Abschließend kommt es zu einer doppelten politischen Abgrenzung: Einmal von jenen Kräften, die „einen Schritt“ zurück gehen wollen, d.h. die Kräfte der „oligarchischen Revanche“ – womit alle politischen Akteure der 1990er Jahre gemeint sind, sowohl jene „die sich Liberale nannten“ (und an der Macht waren) als auch die Befürworter des Großmachtdenkens (*deržavniki*), welche die Oppositionsbänke in der Duma besetzten – „und denen es [dabei] auch nicht schlecht gegangen“ sei.¹⁶ Beide Strömungen hätten in einem symbiotischen Verhältnis gelebt. Und auch heute gebe es mögliche Anführer dieser politischen Konstellation – und „ausländische Sponsoren“ dafür (ibid. 59). Hier bleibt Surkov (bewusst) kryptisch: Einerseits können mit diesen ausländischen Sponsoren westliche Staaten gemeint sein (Stichwort „orangene Technologien“), aber auch die Exil lebenden Oligarchen wie Boris Berezovskij (Stichwort „*off-shore* Aristokratie“).

Die zweite Kraft, die als Antagonist identifiziert wird, sind diejenigen, die „zwei Schritte zurück“ gehen wollen, jene

„die ich Isolationisten nenne, weil ich das Wort ‚Patrioten‘, das sie für sich selbst beanspruchen, nicht beschmutzen möchte. Das sind fast Nazis], die billige Thesen verbreiten, dass der Westen schrecklich sei, dass der Westen uns bedroht, dass die Chinesen kommen, [...] Russland den Russen, Tatarstan also den Tataren, Jakutien den Jakuten [...]. Wir sind für ein Russland für die Russen, für die Tataren, Mordwinen, Osseten, Juden, Tschetschenen, für all unsere Völker, für alle Völker der russländischen Nation.“ (Ibid. 59f.)

Beiden gegnerischen Formationen dürfe man nicht die Gelegenheit geben, die Demokratie mit demokratischen Mitteln zu zerstören.¹⁷

15 Hart geht Surkov ins Gericht mit der Geschäftswelt der 1990er Jahre: „Es hat sich die Psychologie einer ‚Off-shore-Aristokratie‘ gebildet: in der Art von Herren über Leben und Tod – doch ihre Zukunft und die ihrer Kinder sehen sie nicht in Russland. [...] Sie leben mental nicht in Russland. Nicht nur haben Sie ihr Geld off-shore angelegt, sie sind auch mit dem Kopf dort.“ (Ibid. 55)

16 Gemeint sind die Kommunistische und die Liberaldemokratische Partei, also die national-konservativen Kräfte.

17 Im Gegensatz zu diesen Kräften (sie litten lediglich unter „Paranoia“ und würden mit allen Mitteln an die Macht zurückkehren wollen) hätte Einiges Russland eine „deutlich umrissene“ Ideologie und müsse sich Gedanken machen, wie sie ihre Vorherrschaft „mindestens noch zehn bis 15 Jahre“ aufrechterhalten könne. Die

Erkennbar ist in den Ausführungen Surkovs das Bestreben, die Deutungshoheit über eine Reihe von Signifikanten zu gewinnen, die – zumindest aus Surkovs Perspektive – fremdbestimmt sind: entweder vom politischen Gegner im Inneren oder vom Westen im Äußeren. Zuvorderst gilt dies für den Begriff der „Demokratie“: Das Russland unter Putin ist nicht undemokratisch – undemokratisch waren die 1990er Jahre; Russland ist keine „gelenkte Demokratie“ – gelenkt sind jene Demokratien in den von Washington oder Brüssel abhängigen Gebieten; und es geht darum, die Gedanken von Freiheit und Gerechtigkeit sowie von Fortschritt und Modernisierung in einen einheitlichen Diskurs einzuschreiben und erstere als Möglichkeitsbedingung letzterer zu präsentieren. Entsprechend sind auch die Forderungen nach Konkurrenzfähigkeit und wirtschaftlichem Erfolg zu sehen.

Viele dieser Gedanken finden sich auch im zweiten hier vorgestellten Text wieder, auch wenn „Die Nationalisierung der Zukunft“ insgesamt abstraktere Forderungen erhebt.

8.2 DIE NATIONALISIERUNG DER ZUKUNFT

Der zweite programmatische Artikel zur souveränen Demokratie erschien zunächst im wöchentlichen, renommierten Polit-Magazin *Ékspert*, das Okara (2007) dem konservativ-bewahrenden Spektrum zuordnet.¹⁸ Dort definiert Vladislav Surkov souveräne Demokratie als

„Form des politischen Lebens einer Gesellschaft, in der die Macht, ihre Organe und ihre Ausübung ausschließlich von der *russländischen* Nation bestimmt, gewählt und geführt werden – in ihrer Vielfalt und Ganzheit zur Erlangung materiellen Wohlstandes, Freiheit und Gerechtigkeit aller Bürger, sozialer Gruppen und Völker [...].“ (Surkov 2007b: 394; eig. Hervorh.),

japanische liberaldemokratische Partei war 40 Jahre vorherrschend, die schwedischen Sozialisten hätten von 1932 bis 1976 regiert. Zehn bis 15 Jahre seinen also „nichts, das ist ganz normal“. „Vergesst, ob ihr links oder rechts seid. Die Partei ist allnational und hier, wie in der Gesellschaft, laufen verschiedene Interessen zusammen. Bei uns ist für alle Platz, für Geschäftsleute, Arbeiter, Lehrer, Ärzte, Militärs – für alle.“ (Ibid.)

18 „Nacionalizacija buduševo – paragrafy pro suvereniju demokratiju“, in *ékspert* 43, 20.11.2006, http://www.expert.ru/printissues/expert/2006/43/nacionalizaciya_budushego [03/09/2010].

beziehungsweise, am Ende des Textes, als

„persönliche Freiheit (Demokratie) und nationale Freiheit (Souveränität) [...] [sowie als] Gerechtigkeit für jeden Bürger Russlands und für Russland in der Welt.“ (Ibid. 410)

Damit sind abermals alle wichtigen Ingredienzien aufgezählt und verbunden sowie alle Lager bedient, insbesondere national-konservative und liberale Forderungen.

Diese Terminologie wird ausführlich begründet: Herausgestellt wird die internationale Einbettung der Idee (eine souveräne Demokratie könne es nur in einer gerecht gestalteten Weltgemeinschaft geben), Bezug genommen wird auf die Nutzung der Begrifflichkeit auch seitens westlicher Politiker (Warren Christopher und Romano Prodi) und der prozessuale Charakter von Demokratie wird betont:

„Viele Gesellschaften haben sich zu ihrer Zeit als demokratisch begriffen, und haben zugleich die Rechte von Frauen und ethnischen Minderheiten beschränkt sowie [...] mit Sklaven gehandelt. War das nun eine Demokratie so wie heute? Und wenn das nicht der Fall ist, wie kann man ohne Adjektive auskommen?“ (Ibid. 396)

Die russische Geschichte wird als Abfolge von Zarismus, Sozialismus und oligarchischer Herrschaft (in den 1990er Jahren) betrachtet. Dabei hätten sich die Russen, qua ihrer europäischen Tradition und Kultur, aus eigenem Willen für die Demokratie entschieden und einen „grandiosen“ Demokratisierungsprozess ihrer Lebensweise initiiert – es könne also keine Rede davon sein, dass Russland durch eine Niederlage im Kalten Krieg zu dieser Entwicklung gezwungen worden sei (ibid.). Diese explizite Erklärung vermittelt gewandt zwei Subtexte: Auf der einen Seite wird der national-konservative Diskurs dahingehend bedient, dass die USSR nicht als Verlierer der Geschichte porträtiert wird: Sie zieht unbesiegt vom Feld; auf der anderen Seite wird aber auch der demokratische Diskurs gestützt: Eben weil die russische Demokratie nicht Ergebnis einer Niederlage ist (sondern bewusste Wahl des russischen Volkes in dessen europäisch-kultureller Tradition), ist Demokratie auch keine illegitime, weil a-nationale, oder fremde Regierungsform.

Souveräne Demokratie wird als „Freiheit und Konkurrenzfähigkeit einer offenen Gesellschaft“ (ibid. 398) verstanden. Allerdings verstrickt sich Surkov in einen gewissen Widerspruch, wenn er argumentiert, dass es keine „triviale“ Aufgabe sei, die Souveränität zu bewahren und dabei nicht die Demokratie zu beschädigen: Damit scheint souveräne Demokratie ein Spannungsverhältnis zu

beschreiben, zwischen Souveränität auf der einen Seite und Demokratie auf der anderen. Zumeist aber harmonieren beide Begriffe, ja, sie bedingen sich gegenseitig: Souveränität als Unabhängigkeit und Demokratie als Volksherrschaft (ibid. 393) beziehungsweise souveräne Demokratie übersetzt als „Selbstbestimmung des Volkes“ und als „Regierung freier Menschen“ (ibid. 395). Woher letztlich also diese Spannung zwischen den beiden Elementen kommt, unterschlägt der Autor.

Formale Aspekte der Demokratie stehen bei Surkov nicht im Mittelpunkt. Sie würden in Russland regelmäßig kontrovers diskutiert: „Die Zahl der Parteien, die Amtsdauer des Präsidenten, ‚Nachfolger‘, soziale Unterstützung, Gerichte, lokale Bildung, staatliche Unternehmungen, unabhängige Medien“ (ibid. 401). Dabei würden aber wesentliche Aspekte von Demokratie vergessen: Freiheit, Gerechtigkeit und Vertrauen. Insbesondere die Idee der Schonung (*sberëženie*) des Volkes sollte als fundamental für die Demokratie begriffen werden. Diese Forderung entlehnt Surkov einem Diktum Solženicyns (oder vielmehr dessen Übernahme durch Putin, ohne explizit auf den einen oder den anderen zu verweisen). Die Schonung der menschlichen Ressourcen hatte der Schriftsteller und Dissident als höchste staatliche Aufgabe definiert.¹⁹ Für Surkov konnte sie Ziel und Mittel der Erneuerung sein, „mit einem Programm der Humanisierung des politischen Systems, der sozialen Beziehungen, der Lebenskultur. Mit der Fertigkeit eines behutsamen Weges zu Würde, Gesundheit, Vermögen [...] jedes Menschen.“ (ibid. 403)

Noch nie sei Russland in seiner Geschichte so frei gewesen.²⁰ Erstmals hat es die Chance, von der „Krankheit“ einer „krampfhaften Entwicklung“ zwischen Revolution und Reaktion zu genesen. Als Prioritäten werden genannt: Solidarität zwischen den Bürgern, um kriegsartige und soziale Konflikte zu vermeiden; eine Mitarbeit der kreativen Schichten des Landes, worin sich der elitäre Charakter der souveränen Demokratie manifestiert; Förderung von Kultur, Bildung und Forschung, unter anderem, um die russische Position in den „philosophischen, soziologischen und politologischen Diskursen des Westens“ zu festigen (ibid. 405).

Abermals eindringlich wird vor der Revanche der Oligarchie und der Bürokratie gewarnt, deren beider Absicht es sei, Russland der Globalisierung zu entziehen und damit dessen Zukunft zu gefährden. Im Unterschied zu anderen Positionspapieren sind nicht nur die Oligarchen (und die „Pseudodemokraten“, also die politische und wirtschaftliche Elite der 1990er Jahre) wichtigste politische

19 In einem Interview mit der Zeitung Moskovskie Novosti im April 2006.

20 Dies wurde auch nach der Februar-Revolution 1917 behauptet.

Gegner, sondern auch die Anhänger eines bürokratischen Staates sowjetischen Typs: Denn die Wiederherstellung eines solchen Staates „führe das Land aus dem Konkurrenzkampf heraus in die Sackgasse der politischen Isolation und des ökonomischen Dahinvegetierens“ (ibid. 406). Die Bewahrung der Souveränität sei eben nicht nur eine verteidigungspolitische Frage, sondern vielmehr eine Frage vielschichtiger Konkurrenzfähigkeit.

Ein ganzer Abschnitt widmet sich der *nationalen Identität*. Die vermittelte Botschaft bleibt aber ambivalent. Vordergründig wird den ethnischen Russen im multinationalen Staat keine besondere Funktion zugewiesen, doch einzelne semantische Wendungen sowie wenig missverständliche Anspielungen sprechen eine andere Sprache. Einerseits wird über jene „Scharlatane“ gespöttelt, die eine „russische Republik“ und damit ein „ethnographisches Naturschutzgebiet“ forderten. Die Einheit des Landes wird beschworen und die Teilung als tödliche Gefahr bezeichnet. Andererseits wird paradoxerweise der multinationale/multiethnische Charakter des *russischen* (*russkij* und nicht des „russländischen“, also *rossijskij*) Staates betont (ibid. 407).²¹ Es wird unterstrichen, dass die größten russischen politischen Projekte schon immer an Menschen anderer Völker gerichtet und für sie offen gewesen seien.²² Das hebt einen russischen Führungsanspruch hervor. Es ist vor dem Hintergrund dieses Führungsanspruchs, dass die „organische Toleranz der russischen Kultur“, die „Offenheit des demokratischen Projektes für alle russländischen Völker“ oder auch das „wechselseitige Verständnis zwischen der Orthodoxen Kirche in der Islamischen Gemeinschaft“ in Russland gesehen werden müssen. Wer dabei der *primus inter pares* ist, scheint klar. Aber noch mehr: *Russkij* ist ein offenes Konzept, jeder kann russisch sein oder werden – aber es ist ein Konzept, das sich aufdrängt: Nicht nur kann jeder Russe werden, jeder sollte es auch.

Ambivalent bleibt auch die *Haltung zu Europa*: Auf der einen Seite wird das Verhältnis zwischen Europa und Russland als das zwischen unterscheidbaren Einheiten beschrieben. Europa ist der Ort, an dem die benötigten intellektuellen Ressourcen liegen, welche die Modernisierung Russlands erst ermöglichen. Damit wird ein natürliches Verhältnis wechselseitiger Abhängigkeit postuliert. Auf der anderen Seite „gibt es keinen Grund Europa zu idealisieren“. Schließlich

21 Wurde oben noch eine russländische Kultur propagiert, die über die Landesgrenzen Russlands hinaus geteilt wird, erhält nun der russische Staat ein genuin ethnisches Attribut.

22 Genannt werden das Dritte Rom und die Dritte Internationale und bedient zwei Adressaten, nämlich sowohl die Kommuno- als auch die National-Patrioten (Kurenjy 2006: 141). Dieses Schema ist kennzeichnend für den gesamten Text.

seinen auch die Weltkriege „in Europa losgetreten“ worden. Trotzdem dürfe Russland nicht aus Europa „herausfallen“ – was voraussetzt, dass es sich bereits innerhalb Europas befindet – und müsse sich am Westen „halten“; dies sei ein wesentliches Element der „Konstruktion Russlands“ (ibid. 409): Russland sei Teil der führenden europäischen Nationen.

Deutlich wird der starke Akzent des Beitrages auf einem *Modernisierungsprogramm*: Unter dem Stichwort „Größe“ wird die Schaffung einer Innovationskultur gefordert, gerade im Hinblick auf die „Epoche nach dem Erdöl“ sowie auf eine intellektuelle Konkurrenzfähigkeit. Im Gegensatz zu den Ausführungen vor den Parteigängern von *Edinaja Rossija* aber, verschiebt sich der Fokus auch auf abstraktere Forderungen, wie jener nach „Schonung des Volkes“, und auf ideellere Ziele, wie jene der sozialen Solidarität oder der Einbindung in einen westlichen Diskurs. Letzterer Aspekt, gerade auch gepaart mit der wiederholt auftretenden Forderungen nach Kooperation mit dem Westen oder Offenheit dem Westen gegenüber, macht den Knotenpunkt der souveränen Demokratie besonders interessant für westliche Beobachter. Dies gilt auch für das sichtliche Bemühen um (Wieder-)Aneignung des Demokratie-Begriffes: Einerseits muss der Demokratie-Begriff losgelöst werden vom Chaos der 1990er Jahre und von den „Demokraten an der Macht“ um El'cin (entsprechend scharf fällt die Verurteilung dieser Periode und ihrer Akteure aus, der „Pseudo-Demokraten“ und Oligarchen – „jene Periode“, das ist die Botschaft, „hatte nichts mit Demokratie zu tun“); andererseits muss die Deutungshoheit über „Demokratie“ dem Westen entrissen werden, da in der westlichen Interpretation Russlands Status als Demokratie immer wieder in Frage gestellt wird, und somit nicht nur die Legitimität des Regimes, sondern auch – und damit zusammenhängend – Russlands Zugehörigkeit zur modernen, fortschrittlichen Welt. Zudem neigt man im Westen dazu, gerade die in den vorliegenden Texten so verurteilten 1990er Jahre positiv zu bewerten. Doch als politische Theorie der Demokratie, die anschlussfähig wäre an einen westlichen wissenschaftlichen Diskurs, hinkt souveräne Demokratie hinter ihrem eigenen Anspruch her. Dazu ist sie zu einfach gestrickt, zu widersprüchlich und zu politisch. Insgesamt kristallisiert sich zum Westen eine ausgesprochen mehrdeutige Haltung heraus.

Zusammenfassend lassen sich folgende Forderungen in vier Themenkomplexen identifizieren: 1) Zur russischen Demokratie: Sie wird mit Freiheit, Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit artikuliert; besonders aber wird sie als eine originär russische Forderung präsentiert. 2) Zur Beziehung Russlands zum Westen: Russland wird als Teil Europas dargestellt, aber mit eigenem Entwicklungspfad und -tempo; Russland wird als mit Europa gleichberechtigt und gleichwertig präsentiert; generell wird eine „gerechte Weltordnung“ gefordert, in der Russ-

land, als ein „Zentrum mit globaler Projektionsmacht“, seinen festen Platz hat. Gleichzeitig steht Russland aber dieser Platz auch zu, weil es sich in den Kanon demokratischer Staaten einfügt; es vermag außerdem, wie auch der Westen, zur Demokratietheorie und damit zum weltweiten politischen Diskurs der Demokratie beizutragen. 3) Zu einer „unideologischen“, rein durch pragmatische, das heißt zumeist ökonomische Interessen geleiteten Politik: Hier versammeln sich vor allem Forderungen nach stabilem Wachstum, nach Modernisierung (als Korrelat von Demokratie), nach Konkurrenzfähigkeit (einschl. eines zweckrationalen Verhältnisses zum Westen), nach einer Verwandlung der Wirtschaftselite in eine „nationale Bourgeoisie“ und nach einer Effizienzsteigerung der Bürokratie; letztlich geht es um eine „Politik des Zentrismus“, die sich gegen „ideologische Extremismen“ wende, und damit letztlich um eine Depolitisierung. 4) Zum insbesondere sozialen Zusammenhalt des Landes: Einheitssemantiken spielen eine wichtige Rolle, gerade im Abgrenzung zu den 1990er Jahren; dazu passt auch die Forderung nach einer Solidarität zwischen den Bürgern und nach der Schonung des Volkes; wer aber das „Volk“ bildet und unter welchen Vorzeichen die Solidarität gestiftet werden soll ist weniger klar; das Angebot, welches die Schlüsseltexte zur souveränen Demokratie machen, ist das eines multinationalen Russlands unter russischem Führungsanspruch mit dem russländischen Staat im Zentrum; dabei wird „russländisch“ teils auf die kulturelle Ebene übertragen und „russisch“ auf die staatlich-administrative.

Diese Forderungen, als kleinste Analyseeinheiten (Laclau 2005), lassen sich auch in der gesamten Diskussion wiederfinden, die beide Texte Surkovs entfacht haben. Die reichhaltige Literatur zur souveränen Demokratie soll entlang dieser Forderungen analysiert werden.

8.3 WAS IST DER OFFIZIELLE DISKURS?

Wie lässt sich der *offizielle Diskurs* aber theoretisch und empirisch herleiten? Wie weiter oben gesehen, besteht für Hansen (2006: 64) der offizielle Diskurs vor allem aus Beiträgen von Staatsoberhäuptern, hochrangigen Militärs und aus offiziellen Statements. Das nächste Forschungsmodell betrifft bereits den weiteren (außen-)politischen Diskurs, einschließlich der Beiträge der politischen Opposition, der Medien, und allenfalls von Unternehmen. In der vorliegenden Arbeit soll mit einem erweiterten Verständnis des offiziellen Diskurses gearbeitet werden. Zu sehr scheint das von Hansen vorgeschlagene Modell auf etablierte demokratische Systeme zugeschnitten zu sein, wo die genannten Unterscheidungen in dieser Form sinnvoll erscheinen. Im russischen Fall ist die Ausgangslage

dagegen komplexer, da der offizielle Diskurs auch über inoffizielle Kanäle verfügt: Das heißt, dass auch Texte und Publikationen einbezogen werden müssen, die im strengen Sinn nicht den Kriterien von Hansen (2006) entsprechen, dennoch zum offiziellen oder zumindest offiziösen Text-Kanon gehören. Es gibt eine ganze Reihe weiterer Autoren und Publikationen, die hier in die Untersuchung miteinbezogen werden, weil sie eng mit dem offiziellen Diskurs verbunden sind, auch wenn es keine offiziellen Publikationen sind und die Autoren keine offizielle Position inne haben. Damit erhält man Einblick, welche Forderungen der offizielle Diskurs einzubinden versucht und was in einem offiziösen – wenn auch nicht offiziellen – Kontext, quasi hinter vorgehaltener Hand, sagbar ist. Damit sollen auch die Ränder des offiziellen Diskurses beleuchtet werden. Mehr als in Hansens „Forschungsmodell 2“ kann mit dieser Perspektive die Hegemonie des offiziellen Diskurses herausgestellt werden – und zwar nicht, wie vielleicht von der Autorin angedacht, inwiefern der offizielle Diskurs im weiteren politischen und gesellschaftlichen Diskurs eine beherrschende Position hat, sondern vielmehr in dem Sinne, wie sehr und ob der Diskurs sich um *Expansion* bemüht und welche Forderungen er zu artikulieren sucht (so entspricht man stärker dem Hegemonie-Verständnis von Laclau als dem von Gramsci). Damit kann dann auch wirklich „die mögliche Transformation des offiziellen Diskurses“ (Hansen 2006: 64) erarbeitet werden.

Es folgen einige Beispiele für offizielle Autoren und Publikationen, die zum erweiterten offiziellen Diskurs in oben beschriebenem Verständnis gezählt werden und Gegenstand der nachfolgenden Analyse sein sollen. Zwei für die weitere Arbeit wichtige Repräsentanten des offiziellen Diskurses sind Vjačeslav Nikonov und Vladislav Surkov. Sie können als inoffizielle und semioffizielle Repräsentanten des offiziellen Diskurses angesehen werden.

Texte des letztgenannten Autors, Surkov, waren bereits oben untersuchungsleitend. Er gilt manchen, zum Beispiel dem traditionsreichen Frauenmagazin *Krest'janka*, das heute ein Polit-Glamour-Hochglanzheft ist, als der „große Manipulator der russländischen Politik“ (Lesko 2008). Die Zeitschrift überraschte nicht nur mit einer Glosse über Surkov, in der über verschiedene Varianten seiner Biographie gemutmaßt wird, sondern auch mit einem ganzen Artikel des umstrittenen Politologen Aleksandr Dugin über ebendiesen Surkov. Als Mitglied der Präsidialverwaltung haben Surkovs Positionierungen sicherlich mehr als nur offiziösen Charakter. Seine Texte sind mit einer gewissen Ambiguität behaftet, da nicht immer klar ist, wann er in offizieller und wann in inoffizieller Funktion spricht. Die Ambiguität gereicht ihm natürlich zum Vorteil, wenn es darauf ankommt, als ausführender Funktionsträger präsidialen Willens zu erscheinen; derselbe Umstand kann aber auch nachteilig sein, wenn er versucht, die Produkte

seiner Arbeit als organisch oder natürlichen Ursprungs erscheinen zu lassen. Zu diesen Produkten zählen unter anderem die Gesellschaftskammer (*Graždanskaja Palata*); die Jugendorganisationen *Idujuščii vmeste* und *Naši*;²³ und natürlich die Namensgebung für den offiziellen Diskurs über die souveräne Demokratie.

Vjačeslav Nikonov war und ist ein durchaus angesehener Politologe und Historiker, der, anfangs noch regimekritisch, eine regierungsfreundliche Wendung gemacht hat. In den 1990er Jahren gehörte er zu den führenden Liberalen, half KGB-Archive zu öffnen und gehörte als einer dessen engsten Berater auch zu El'cins Wahlkampfteam 1996 (Montefiore 2004: 670). Nikonov publiziert häufig im Staatsanzeiger *Rossijskaja Gazeta*, hat seinen eigenen Webauftritt einschließlich Online-Textarchiv und eine von ihm geleitete Stiftung, *Russkij Mir* (www.russkiymir.org); außerdem ist er wiederkehrender Gast beim unabhängigen Radiosender Echo Moskau. Daneben arbeitet er politikwissenschaftlich sowie an seinem *Opus magnus*: einer Biographie seines Onkels Molotov, dessen erster, umfangreicher Band, *Molodost' – Jugend*, 2005 erschienen ist.

Gleb Pavlovskij, der Surkov den Titel des „großen Manipulators“ strittig macht, gibt sich ebenfalls ein bewusst mehrdeutiges Profil – und bisweilen eine geheimnisvolle Aura. Er ist ebenfalls eng mit der Regierung verbunden, selbst-erklärter „Polittechnologe“, Berater des Präsidenten und damit häufiger Gast auch bei Echo Moskau, um dort als Emissär des Kremls die Staatsposition zu vertreten, zu erklären und nötigenfalls zu verteidigen. Er hat ein Netz von Stiftungen und Internet-Foren aufgebaut, um Forderungen des offiziellen Diskurses zu repräsentieren. Dazu zählen insbesondere das *Russkij Žurnal* (www.russ.ru, mit Konstantin Krylov, der auch an der Seite www.apn.ru beteiligt ist) und der *Fond Effektivnoj Politiki* (www.fep.ru mit Marat Gelman). *Russkij Žurnal* wurde 1997 gegründet und war von Anfang an an einen anspruchsvolleren, intellektuelleren Personenkreis gerichtet: „The bright facade of Pavlovsky's PR group – independent but with limited readership“, schreibt wohlwollend Zasloursky (2004: 172): Letzteres bedeutet aber weder dass *Russkij Žurnal* regie-

23 Beide haben sich gegen Molodaja Gvardia durchgesetzt, die enger mit Igor Sečín und Edinaja Rossija assoziiert waren. Polemisch drückt das ein Interviewpartner so aus: „Molodaja Gvardija Edinoj Rossii ist mit Sečín assoziiert. Dort sammeln sich insbesondere Söhne und Töchter der Bürokraten und Geschäftsleute. Idujuščii vmeste war die Grundlage für Naši. Naši ist mit Surkov verbunden und rekrutiert arme und perspektivlose Jugendliche mit dem Versprechen verbesserter Karrierechance.“ (Interview 3/1/37-41)

rungskritisch ist, noch dass es keinen Einfluss hat.²⁴ Der *Fond Effektivnoj Politiki (FEP)* ist unter den ersten Consulting-Unternehmen, die ab 1996 Präsidentschaftswahlkämpfe (für die Vertreter der herrschenden politischen Elite) mitgestalten (ibid. 70ff.; 104). Pavlovskij ist auch Initiator von www.strana.ru, einer Nachrichtenseite, die Ereignisse streng aus einer offiziellen Perspektive beleuchtet, sowie Chefredakteur des *Evropa*-Verlages, auf dessen Publikationen vorliegende Arbeit häufig zurückgreifen wird.

Neben Surkov, Nikonov und Pavlovskij können auch Vitalij Tret'jakov (auch Redakteur der Zeitschrift *Političeskij klass*), Sergej A. Markov (auch Direktor des Instituts politischer Forschungen, *Institut političeskikh isledovanij*)²⁵ und Andranik Migranjan (auch Vertreter des Institutes für Demokratie und Zusammenarbeit in New York)²⁶ zur „Kreml-eigenen Schule von Polit-technologen“ gezählt werden (Interview 18/1/23-24). Alle publizieren auch im *Evropa*-Verlag.

Auch die Seite *Regnum* (www.regnum.ru) von Modest A. Kolerov (*Svobodnaja Rossija*, freies Russland) – rechte Hand von Pavlovskij beim *FEP* und nach 2004 in der Präsidentialadministration mitverantwortlich, um eine orangene Revolution in Russland zu verhindern (Krastev 2006b: 57) – vertritt Staatspositionen mit einem russisch ethnisch-nationalistischen Anstrich.

Diesen Institutionen im leichten Gegensatz gegenüber steht das *Insor* (*Institut sovremennogo razvitija*, eh. *RIO-Centr*) um Evgenij Gontmacher, Alexandr Auzan (auch: Direktor des Instituts des nationalen Projektes „Gesellschaftsvertrag“), und Igor Jurgens, das stärker Dmitrij Medvedev nahe steht und vor allem auf eine Modernisierung des Landes fokussiert.

Es gibt also eine offizielle Position des Staates einerseits, wie sie im Staatsanzeiger zu finden sein mag, und verschiedene Ideologeme, die von nicht-staatlichen Strukturen vertreten, aber vom Staat gefördert werden: „Sie handeln nicht einheitlich, es gibt keinen *single actor*. Es gibt keine verschiedenen Partei-

24 Prozorov charakterisiert das Russkij žurnal so: „Starting from 1998, the Russian Journal presented itself as a site for the articulation of novel discursive positions, irreducible to the liberal-patriotic dualism, and presently publishes the texts of both ‚liberal-conservatives‘ and the more oppositional left-conservatives.“ (Prozorov 2004: 15)

25 In verschiedenen Interviews wurde Markov wiederholt abschätzig als Opportunist bezeichnet.

26 Das Institut demokratii i sotrudničestva wurde 2008 gegründet mit dem Ziel, Menschenrechtsverletzungen in den USA und in Europa zu registrieren. Geleitet wird es von Anatoli Kučerena. Es unterhält Büros in New York und Paris, die von Migranjan beziehungsweise Natal'ja Naročnickaja.

en wie im Westen, sondern bestenfalls verschiedene Think-Tanks.“ (Interview 5/3/40-43)

Ist schließlich der offizielle Diskurs auch immer der „hegemoniale Diskurs“ in einem weiteren, nicht streng Laclau’schen Sinne? Deutlicher: Ist der offizielle Diskurs immer derjenige Diskurs, der im weiteren politischen Diskurs „beherrschend“ ist? Sicherlich ist der offizielle Diskurs weder notwendigerweise gesamtgesellschaftlich der „hegemoniale“ Diskurs, noch notwendigerweise im Rahmen des weiteren politischen Diskurses. Aber gewiss ist der offizielle Diskurs immer bestrebt, eine Hegemonie im politischen Diskurs zu erreichen (hier wieder in Laclau’schen Begrifflichkeiten gedacht) oder aufrechtzuerhalten, das heißt: zu expandieren. Im weitesten Sinne ist er bestrebt zu bestimmen, was politisch „sagbar“ ist. Zumindest im russischen Falle ist er „expansiv“, er versucht also, eine möglichst große Anzahl von Forderungen miteinander zu artikulieren. In diesem Sinne werden „hegemonialer Diskurs“ und „offizieller Diskurs“ in dieser Arbeit weitgehend synonymisch verwendet – eine Beinahe-Gleichsetzung, die sicherlich anfechtbar aber in diesem Zusammenhang nicht nur pragmatisch, sondern auch der Arbeit zuträglich ist.

Wie gesehen, wurden daher in einem ersten Schritt offizielle Texte analysiert, um Schlüsselforderungen des offiziellen Diskurses zu erarbeiten. In einem zweiten Schritt wurden Texte aus *dem Umfeld des offiziellen Diskurses* aufgenommen, also Texte, die dem offiziellen Diskurs nahe stehen, wie Texte aus dem Staatsanzeiger, von offiziellen Vertretern des Staates oder von solchen, die als Repräsentanten des offiziellen Diskurses identifiziert werden können. Damit wird das weitere Umfeld von Forderungen sondiert, die nicht unbedingt bereits Teil des offiziellen Diskurses sind, es aber werden könnten oder die zumindest „unter der Hand“ Teil des hegemonialen Diskurses sind. Beispiel dafür sind die Texte von Egor Cholmogorov (*Russkij Nacionalist*) beziehungsweise aus dem *Evropa-Verlag*, die teilweise radikalere Forderungen artikulieren als im offiziellen Diskurs möglich. Diese extremen Forderungen aber werden nicht nur toleriert, sondern – man kann begründet mutmaßen – sind hoffähig geworden und werden gefördert (Interview 6). Sie sind damit Ausdruck eines Versuches, auch diese randständigen Forderungen, wenn nicht offiziell so doch zumindest offiziös einzubinden. Der *Evropa-Verlag* beispielsweise hat diesen offiziösen Charakter. Damit ist also Teil des offiziellen Diskurses hier nicht nur das, was im Staatsanzeiger *Rossijskaja Gazeta* erscheint, sondern auch das „offiziöse Umfeld“, das in den folgenden Abschnitten untersucht wird. Dies führt uns zu einer Präzisierung dessen, was in dieser Arbeit als „hegemonialer Diskurs“ verstanden wird: nämlich der sich ausbreitende, ausufernde, kooptierende und um sich greifende offizielle Diskurs.

Insbesondere Texte aus unter anderem folgenden Publikationen sollen näher betrachtet werden: den Anthologien *Suverenitet* (herausgegeben von Nikita Garadža, 2006), *PRO Suverennuju Demokratiju* (herausgegeben u.a. von Leonid V. Poljakov, 2007), *Suverennaja Demokratija – ot idei k doktrine* (herausgegeben von Michail Rogožnikov 2007), der Monographie *Putin – ego ideologija* (von Aleksej Čadaev, 2006), aus der Diskussion in der *Rossiskaja Gazeta: Diskussii o suverennoj demokratii*²⁷ (mit Texten publiziert zwischen dem 22. August 2006 und dem 24. Mai 2007). Sie bilden den Kern des Textkorpus dessen, was im Folgenden als erweiterter offizieller politischer Diskurs verstanden werden soll.

In der Natur des Textmaterials liegt, dass die Trennlinie zwischen Primärquelle/Sekundärquelle nicht immer sauber zu ziehen ist. Offensichtlich gilt das insbesondere für die geführten Interviews. Primär als Ergänzung gedacht, um den offiziellen Diskurs besser einschätzen zu können, widerspiegeln die Interviews (nicht zuletzt auch explizit in den Einschätzungen des offiziellen Diskurses) gegen-hegemoniale Positionen, die in einem getrennten Kapitel beleuchtet werden. Ähnliches gilt im Übrigen auch für russische wissenschaftliche Texte oder analytische Artikel – sie können auch Teil des erweiterten offiziellen oder des gegen-hegemonialen Diskurses sein. Politikwissenschaft ist (auch) in Russland nicht selten „politisiert“.

27 *Diskussii o „suverennoj demokratii“*, <http://www.rg.ru/sujet/2708.html> [03/12/2010].

